

Stellungnahme des Landeselternbeirats Rheinland-Pfalz zum Umgang mit Smartphones an Schulen

Der Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz unterstützt das Ziel, Ablenkungen im Schulalltag zu reduzieren und die Konzentration der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Bereits in seiner Pressemitteilung aus dem Jahr 2025 [1] hat sich der Landeselternbeirat den wissenschaftlichen Empfehlungen [2] angeschlossen, die eine Einschränkung der privaten Handynutzung auf dem Schulgelände insbesondere für jüngere Schülerinnen und Schüler vorsehen.

Aus Sicht des Landeselternbeirats sollte es jedoch kein reines Verbot geben. Entscheidend ist ein Dreiklang aus klaren und verständlichen Regeln, der Vermittlung von Medienkompetenz sowie einer umfassenden digitalen Aufklärung von Kindern und Eltern. Nur das Zusammenspiel dieser drei Elemente führt zu einem verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien.

Der Landeselternbeirat fordert daher, die Vermittlung von Medienkompetenz als verbindlichen Bestandteil schulischer Bildung auszubauen und zugleich Eltern und Familien durch geeignete Informations- und Bildungsangebote in ihrer Medienerziehung zu stärken.

Ein Verbot der privaten Handynutzung kann dazu beitragen, Ablenkungen im Unterricht und während der Pausen zu reduzieren und damit die Konzentrationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Gleichzeitig bietet ein schulischer Alltag mit weniger privater Smartphone-Nutzung mehr Raum für persönliche Begegnungen und soziale Interaktionen. Auch Konflikte, die durch soziale Medien während der Schulzeit entstehen oder verstärkt werden, könnten dadurch verringert werden. Darüber hinaus würden landesweit einheitliche Regelungen Schulen und Lehrkräften eine klare Orientierung für den Umgang mit digitalen Endgeräten geben. Der Landeselternbeirat sieht insbesondere für jüngere Schülerinnen und Schüler viele Vorteile in klaren, altersgerechten und verbindlichen Regelungen.

Gleichzeitig gehören digitale Medien zur Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Schulen haben die Aufgabe, einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Endgeräten zu vermitteln. Ein pauschales Verbot darf daher nicht dazu führen, dass die Medienbildung erschwert wird. Der Landeselternbeirat unterscheidet deshalb klar zwischen privater und pädagogischer Nutzung. Die private Nutzung von Smartphones während der Schulzeit sollte eingeschränkt werden. Gleichzeitig müssen Smartphones beziehungsweise digitale Endgeräte dort eingesetzt werden können, wo sie pädagogisch sinnvoll sind und von Lehrkräften angeleitet werden.

In einer zunehmend digitalen Welt gehört Medienkompetenz zu den Schlüsselqualifikationen. „Ein Handyverbot allein wird die Herausforderungen der digitalen Welt nicht lösen. Wir brauchen einen Dreiklang aus klaren Regeln, Medienkompetenz und digitaler Aufklärung“, betont der Landeselternsprecher Denis Scholz. „Nur so lernen Kinder und Jugendliche einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien.“

Deshalb fordert der Landeselternbeirat einen verbindlichen Ausbau der Medienbildung, unter anderem durch Informatikunterricht, Medienscouts, digitale Aufklärung und die Fortbildung von Lehrkräften sowie Informationsangebote für Eltern und Familien. Digitale Endgeräte müssen zudem weiterhin als Assistenzsysteme für inklusive Bildung und medizinische Anwendungen genutzt werden können. Ausnahmen für pädagogische Zwecke, für die Inklusion sowie für medizinische Anwendungen müssen daher unbürokratisch möglich bleiben. Digitale Hilfsmittel können für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder besonderen Unterstützungsbedarfen eine wichtige Rolle spielen.

Darüber hinaus sollte vermieden werden, dass Lehrkräfte zu einer „Handy-Polizei“ werden. Neue Regelungen müssen praktikabel und im Schulalltag umsetzbar sein. Schulen benötigen klare Rahmenbedingungen, gleichzeitig aber auch ausreichend Handlungsspielraum für pädagogisch sinnvolle Lösungen.

Innerhalb des Landeselternbeirats besteht Einigkeit darüber, dass für jüngere Schülerinnen und Schüler strengere Regelungen sinnvoll sein können. Der Landeselternbeirat hält ein landesweit einheitliches Verbot bis zur Sekundarstufe I für nachvollziehbar. Mit zunehmendem Alter sollte jedoch stärker differenziert werden. Schülerinnen und Schüler in höheren Klassenstufen und insbesondere an berufsbildenden Schulen benötigen einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien als Vorbereitung auf Studium, Ausbildung und Beruf. Der Landeselternbeirat spricht sich daher für altersgerechte und differenzierte Regelungen aus. Schulen sollten weiterhin einen angemessenen Gestaltungsspielraum behalten, um ihre individuellen pädagogischen Konzepte umzusetzen.

Häufig wird die Erreichbarkeit von Kindern während des Schultags als Argument für die private Smartphone-Nutzung angeführt. Aus Sicht des Landeselternbeirats ist die Erreichbarkeit in Notfällen bereits heute gewährleistet. Schulen verfügen über Sekretariate und etablierte Kommunikationswege, über die Eltern und Kinder bei dringenden Anliegen miteinander in Kontakt treten können. Die Möglichkeit einer ständigen direkten Erreichbarkeit über private Smartphones während der Schulzeit ist daher kein entscheidendes Argument für deren Nutzung während der Schulzeit. Vielmehr zeigt die Erfahrung vieler Eltern, dass die Schule in Notfällen nicht nur die Kommunikation sicherstellt, sondern Kindern auch persönliche Unterstützung und Betreuung bieten kann.

Der Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz unterstützt landesweit einheitliche Regelungen zur Reduzierung der privaten Handynutzung an Schulen. Wie bereits in seiner Pressemitteilung aus dem Jahr 2025 formuliert, fordert er einen verbindlichen Ausbau der Medienkompetenz sowie eine umfassende digitale Aufklärung von Kindern, Eltern und Familien. Nur das Zusammenspiel aus klaren Regeln, pädagogisch sinnvoller Nutzung digitaler Endgeräte und einer nachhaltigen Medienbildung wird Kinder und Jugendliche auf eine zunehmend digitale Lebenswelt vorbereiten.

[1] [Pressemitteilung des Landeselternbeirats; Dreiklang aus klaren und gemeinsamen Regeln, Medienkompetenz sowie digitale Aufklärung für Eltern und Kinder](#)

[2] [Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, von der nationalen Akademie der Wissenschaften \[August 2025\]](#)